Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannisgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
(Außer den Redactionsstunden Manuscripte nicht zu der Redaction nicht entbehrlich.)

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn),
Universitätsstraße 1,
Louis Lösche,
Katharinenstr. 23 part. und Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unsr. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherm Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 92. **Mittwoch** den 2. April 1890. **84. Jahrgang.**

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Die bisher in der Eisen- und Kurzwarenhandlung des Herrn **Heinrich Unruh**, Weststraße 33, hier, befindlich gewesene

dritte Filiale der hiesigen städtischen Sparcasse,

verbunden mit **Sparmarkenverkauf** und **Sparkartenausgabe**, haben wir **vom 1. April d. Js.** ab **unter Belassung in dem bisherigen Locale den Kaufleuten Herren**

Oswald Pohl und
Heinrich Hartmann,
in Firma **Heinrich Unruh Nachfolger, hier,**
übertragen.

Leipzig, den 28. März 1890.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Ia. 1623. Dr. Georgi. Hennig.

Bekanntmachung.

Nachdem Herr **Karl Riegel**, Privatmann, Leipzig-Neureudnitz, Stötteritzer Straße 19, parterre, die auf ihn gefallene Wahl zum Armenpfleger im Districte Leipzig-Thonberg-Neureudnitz angenommen hat, ist derselbe am 28. März 1890 durch Herrn Districts-Vorsteher Begirksfecretair **Polster** in dieses Amt eingewiesen worden.

Leipzig, den 31. März 1890.

Das Armendirectorium.
A. R. Pll. 41. Ludwig-Wolf. Artus.

Bekanntmachung.

Hierdurch bringen wir zur öffentlichen Kenntniß, daß für den III. Leichenfrauenbezirk

Frau Agathe verw. Brennecke,
Sternwartenstraße Nr. 53, IV.

Obergeschoß wohnhaft, als Leichenfrau von uns angestellt und in Pflicht genommen worden ist.

Leipzig, den 27. März 1890.

Der Rath der Stadt Leipzig.
VIII. 810. Dr. Georgi. Dietrich.

Die in der Untersuchungssache gegen die Bürgermeisterstochter **Frida Hanny Schrön** in Markranstädt wegen Geldmordes unter dem 18. März d. J. erlassene Bekanntmachung hat sich erledigt.

Leipzig, am 31. März 1890.

Der Untersuchungsrichter bei dem Königlichen Landgericht.
Burkhardt, Landgerichtsrath.

Städtische Gewerbeschule.

Die **Ausstellung** der **Schülerarbeiten** findet im Schullocale, Johannisplatz Nr. 7,

vom 3. bis mit 7. April dis. Js.,
Vormittags von 10 bis Mittags 1 Uhr,

statt.

Zum Besuche derselben beehrt sich im Namen des Lehrercollegiums ergebenst einzuladen

Leipzig, den 31. März 1890.

der Director:
Dr. Ludw. Rieper.

Höhere Schule für Mädchen.

Beginn des neuen Schuljahres **Montag, den 14. April, Vormittags 8 Uhr.** An demselben Tage um 9½ Uhr findet die **Nachprüfung und zweite Aufnahmeprüfung** statt.

Dr. Wychgram.

Die Krisis in Spanien.

Von allen Gefahren, welche den Thron des Königskindes Alfons XIII. bedrohten, ist die gegenwärtige vielleicht die schwerste. Die Militairpartei in Spanien, welche gewohnt ist, sich als die eigentliche Beherrscherin des Landes anzusehen, fühlt sich in ihrer Stellung gefährdet durch das immer weitere Vordringen liberaler Anschauungen, welche die Herrschaft einer bestimmten Kaste ausschließen und die Tyrannei einer Anzahl Generale für unvereinbar mit den Grundsätzen der constitutionellen Monarchie erachten. Martinez Campos und mit ihm die Mehrzahl der Generale haben es noch nicht vergessen, daß Alfons XII. seine Krone der Militairpartei verdankte, welche das Pronunciamiento von Sagunt veranstaltete. Die Generalität hat es wohl empfunden, daß die Regierung seit langer Zeit und schon unter Alfons XII. dahin strebte, die Macht der Militairpartei zu brechen und ihren Einfluß auf die Rolle zu beschränken, welche ihr als Hauptstütze des Thrones zukommt. Der Schutz, welchen die Armee der Krone gewährt, beruht nicht auf ihrem freien Willen oder auf der Laune der commandirenden Generale, sondern er ist eine heilige Pflicht, welche durch den dem Monarchen geleisteten Fahneneid übernommen wird. Das ist niemals der Standpunct der spanischen Generalität gewesen, in ihr steckt vielmehr etwas von dem Prätorianerthum der römischen Kaiserzeit, sie widmet allerdings ihre Dienste dem von ihnen anerkannten Monarchen, aber nur so lange, als er das Scepter ihren Wünschen gemäß führt. Ist das nicht der Fall, dann erheben sie die Fahne des Aufruhrs, zwingen ihn entweder, ihnen den Willen zu thun, oder setzen ihn ab und geben ihm einen Nachfolger, der ihnen besser gefällt. Das ist die Erklärung für die vielen Militairaufstände, deren Opfer Spanien seit einer langen Reihe von Jahren gewesen ist, und es scheint, als ob das Ende desselben noch nicht gekommen ist.

Der Streitfall, welcher gegenwärtig der Entscheidung harrt, wirft ein trübes Licht auf den Geist, welcher in der spanischen Armee herrscht, und auf ihre Disciplin. Es ist der Geist der Auflehnung, der Schritt des Generals Dabán ist nichts als Meuterei, er geht aus der sonderbaren Meinung hervor, daß die Armee die Machtvollkommenheit besitzt, in eigener Sache und unabhängig von dem Monarchen und seiner Regierung Entscheidung zu treffen.

Der Senator General Dabán, einer der Hauptbetheiligten des Pronunciamento von Sagunt, durch welches Alfons XII. auf den Thron gehoben wurde, hat ein Rundschreiben an die spanischen Generale gerichtet, in welchem er sagt, daß er genöthigt sei, sich an alle Waffengefährten zu wenden, die man nicht nach Verdienst behandle. Es sei in der Kammer der Antrag gestellt worden, daß die Colonien von bürgerlichen Beamten regiert und daß die Besatzungen vermindert werden. Alle Militairpersonen müßten dagegen Einspruch erheben, und deshalb fordere er die Officiere aller Grade zur Einigkeit auf, um die Unverletzlichkeit des Vaterlandes gegen offene und geheime Feinde zu schützen und die Rechte der Armee, welcher die nationale Ehre anvertraut sei, zu schützen. Der Kriegsminister verfügte gegen den Verfasser des Rundschreibens, General Dabán, eine Arreststrafe von zwei Monaten und zeigte damit einen Grad von Milde, für den wir in Deutschland kein Verständniß haben. Bei uns würde ein solcher General einfach cassirt und vor ein Kriegsgericht gestellt werden. In Spanien denkt man darüber anders, dort erhebt ein Theil der Senatoren Widerspruch gegen die Strafverfügung des Kriegsministers, und die Generalität ergreift mit geringen Ausnahmen Partei für den Meuterer gegen die Regierung. General Martinez Campos wirft sich zum Vertheidiger seines gemaßregelten Kameraden auf, setzt sich über alle Pflichten, welche der Staat seinen Bürgern auferlegt, mit dem Hinweis auf die Macht der Aufrührer hinweg und droht, falls die Mehrheit gegen den General Dabán entscheidet, die Königin-Regentin zur Entlassung des Ministeriums aufzufordern. Und, was das Schlimmste an der Sache ist, Canovas del Castillo, der Freund und Minister Alfons' XII., steht auf der Seite der aufständischen Generale. Das ist also die Form, in welcher die conservative Partei in Spanien den Kampf gegen die Regierung und die liberale Partei führt. Es scheint, daß Canovas und Martinez Campos die eifrige Parteinahme für den General Dabán als das letzte Mittel erkannt haben, um das Zustandekommen des Gesetzes über das Allgemeine Stimmrecht zu verhindern, welches bekanntlich am 27. März von der Abgeordnetenkammer angenommen worden ist. Die Conservativen und die mit ihnen verbündete Militairpartei sehen bereits im Geiste die Fluth der Revolution hereinbrechen, weil die Republikaner unter Castelar und Salmeron für das Gesetz gestimmt haben.

Der am 29. März erschienene Bericht der Senatscommission zur Untersuchung des Dabán'schen Streitfalles beantragt die Genehmigung der gegen Dabán verhängten Arreststrafe, und auf demselben Standpunct steht die Mehrheit der beiden Kammern. Canovas und Martinez haben aber aus der parlamentarischen Frage eine Machtfrage gemacht und pochen darauf, daß sie die Armee für sich haben.

Der Senat hat in dieser Sache offenbar auch nicht correct gehandelt, denn Disciplinar-Angelegenheiten unterliegen nicht seiner Entscheidung, gleichviel ob der General, welcher sich eine militairische Strafe zugezogen hat, Senator ist oder nicht. Der Senat mußte den Antrag auf Einsetzung einer Commission zur Untersuchung des Streitfalles ablehnen, weil die Zuerkennung oder Aufhebung militairischer Strafen nicht seines Amtes ist. Canovas und Martinez Campos, welche den Sturz des Ministeriums Sagasta um jeden Preis beabsichtigen, begehen die seltsame Inconsequenz, daß sie die Entscheidung des Senats in einer Frage anrufen, in welcher er nicht zuständig ist, daß sie diese Entscheidung aber nur anerkennen wollen, wenn sie mit ihren Wünschen übereinstimmt.

Die Krisis wird durch das Zusammentreffen mit einer großen Streikbewegung noch gefährlicher. In Barcelona streiken gegenwärtig angeblich 43 000 Arbeiter aus den Fabriken, und seit dem 31. März haben auch die Maurer und Erdarbeiter die Arbeit niedergelegt. In Huesca, Saragossa, Tortosa, Cartagena und Valencia sind die Arbeiter im Begriff, dem von ihren Berufsgenossen in Barcelona gegebenen Beispiel zu folgen, wodurch der Gegensatz zwischen den Parteien im Parlamente jedenfalls verschärft werden wird. Die Königin-Regentin ist in einer außerordentlich schwierigen Lage. Entläßt sie das Ministerium Sagasta, so folgt sie dem Druck, welchen die Conservativen und die Militairpartei auf sie ausüben und entfremdet sich dadurch die Mehrheit der Bevölkerung. Andererseits ist es ein sehr schlimmer Vorgang, wenn sich die Königin-Regentin den Willen der aufständischen Generalität aufzwingen läßt, das natürliche Verhältniß zwischen dem Staatsoberhaupt und der Armee wird dadurch in das Gegentheil verkehrt, denn die Armee hat den Befehlen des Monarchen Folge zu leisten, nicht umgekehrt. Der vorliegende Fall lehrt, daß Spanien noch sehr viel dazu fehlt, ein Staatswesen zu sein, auf welches die Bezeichnung constitutionelle Monarchie paßt, es ist vielmehr ein krankes Staatswesen, in welchem die einzelnen Parteien stets zur Revolution bereit sind. *

Leipzig, 2. April.

* **Die von der nationalliberalen Fraction des preußischen Abgeordnetenhauses dem Fürsten Bismarck** zu seinem Geburtstag überreichte **Adresse** hat folgenden Wortlaut:

Durchlauchtigster Fürst! Seit langer Zeit hat das deutsche Volk und mit ihm die nationalliberale Fraction des Abgeordnetenhauses die Wiederkehr des Tages, der dem Vaterlande seinen größten Staatsmann gab, als einen Tag hoher Freude gefeiert. Heute vermischen sich die Gratulationswünsche, mit denen wir Euere Durchlaucht zu Ihrem fünfundsiebzigsten Geburtstage begrüßen, mit dem schmerzlichen Gefühl, daß das Deutsche Reich und der preußische Staat in Zukunft des sicheren Führers entbehren soll, der der Nation fast mehr als einem Vierteljahrhundert zielbewußt die Bahnen vorgezeichnet, auf denen sich ihr heißes Sehnen nach Einheit und der aus ihr erwachsenen Machtstellung und inneren Entwickelung erfüllte. Die Einigung Deutschlands unter Preußens Führung, die Wiederaufrichtung des Deutschen Reiches nach ehrwürdiger Zertrümmerung, die Festigung desselben durch die Organisation der Wehrkraft und der Finanzen und der innere Ausbau durch einheitliche Gestaltung des Rechts und wichtiger Verwaltungszweige, ein zwanzigjähriger, durch unerschütterliche Staatskunst entwickelter erhaltender Friede, der den Wohlstand des deutschen Volkes erhöhte, und der Zusammenschluß der drei mächtigen Reiche Mitteleuropas zu weiterer Friedenswahrung, der Erwerb von Colonien, welche dem deutschen Handel und Gewerbefleiß neue Absatzgebiete eröffnen werden, die socialen Reformen zur Linderung der Noth der arbeitenden Classen — das sind Hauptmarksteine des gewaltigen Theils Geschichte, welchen das deutsche Volk unter der Führung seines ersten großen Kaisers auf den durch Eure Durchlaucht erkannten und eröffneten Wegen durchschritten hat. Unauslöschlicher Dank für Alles, was Sie in tiefer Vaterlandsliebe und unter Einsetzung Ihrer ganzen Persönlichkeit dem deutschen Volke gegeben, wird Eurer Durchlaucht aus allen Theilen des Deutschen Reiches wie von den Deutschen des Auslandes entgegengetragen. Wenn auch wir, die in tiefer Verehrung unterzeichneten Mitglieder der nationalliberalen Fraction des Abgeordnetenhauses, diesem Dank Ausdruck geben, so wollen Euere Durchlaucht denselben entgegennehmen als ein Zeichen, wie sehr wir uns mit den Bestrebungen Ihrer nationalen Politik verwachsen fühlen.

Die nationalliberale Fraction des Hauses der Abgeordneten.

* Der „Reichs-Anzeiger" bringt einen ausführlichen Bericht über die **Abreise des Fürsten Bismarck von Berlin** und bemerkt dazu:

„Der Kanzler wird die Reichshauptstadt mit der Ueberzeugung verlassen haben, daß er dem Herzen des Volkes ihrer ist und daß es tiefgefühlter Dank für seine außerordentlichen Verdienste war, der sich in den Abschiedsgrüßen der Berliner Bevölkerung offenbarte. Diese dankbare Gesinnung wird von der ganzen Nation getheilt, welche mit schwerem Herzen den Kanzler scheiden sieht, aber frei entschlossen ist, die Stürme, die sie dem großen Manne verdankt, das einige Deutschland und festgewurzelte Königstreue, zu pflegen und zu bewahren. Einen schöneren Lohn für sein Wirken und Schaffen wird der Fürst nicht finden können, als wenn er, auch fern von den Geschäften, wahrnimmt, wie die Nation die Gefühle der Dankbarkeit und Verehrung, die sie ihm jetzt darbringt, in Thaten umsetzt, treu zu Kaiser und Reich hält und sich der großen Zeit stets würdig zeigt, die sie in und mit der „Aera Bismarck" erleben durfte. An dem morgigen Tage, an welchem der Fürst sein 75. Lebensjahr vollendet, wird die Nation ihre Gedanken und Gebete dem stillen Hain von Friedrichsruh zuwenden und einig in dem Wunsche sein, daß — wie es Se. Majestät in dem Allerhöchsten Schreiben vom 20. März ausdrückte — sein „für das Vaterland unersetzliches Leben" so lange wie möglich erhalten bleibe, und daß „Gott ihm noch viele Jahre eines ungetrübten und durch das Bewußtsein treu erfüllter Pflicht verklärten Alters" schenken möge."

* Ueber die Ernennung des **Reichskanzlers von Caprivi zum Bevollmächtigten zum Bundesrath** wird folgende Bekanntmachung erlassen:

Auf Grund des Artikels 6 der Verfassung ist von Sr. Majestät dem Kaiser, König von Preußen, der Reichskanzler und Präsident des königlich preußischen Staatsministeriums von Caprivi zum Bevollmächtigten zum Bundesrath ernannt worden.

Berlin, den 29. März 1890.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers:
von Boetticher.

Die „National-Zeitung" bemerkt dazu:

Die Unterschrift dieser Bekanntmachung erledigt gewisse Zweifel, welche in der Presse darüber aufgetaucht sind, ob die unter dem Fürsten Bismarck mit der politischen Verantwortlichkeit als „Stellvertreter" betrauten Ressortchefs dieselbe ohne Weiteres beibehalten, oder ob es einer neuen Verfügung auf Grund des Stellvertretungsgesetzes bedarf. Wir haben Letzteres nicht angenommen und die bezüglichen Erörterungen deshalb nicht erwähnt: Herr von Boetticher und die übrigen Chefs von Reichsämtern waren nicht persönliche Stellvertreter des Fürsten Bismarck, sondern Stellvertreter des Reichskanzlers; sie blieben es daher von selbst auch nach dem Wechsel in der Person des Kanzlers. Wollte Herr von Caprivi eine Aenderung in jener Beziehung eintreten lassen, so mußte dann eine ausdrückliche Anordnung erfolgen. Daß diese Auffassung an den amtlichen Stellen getheilt wird, ergiebt sich aus der obigen Unterschrift des Herrn von Boetticher als „Stellvertreter des Reichskanzlers", da eine Bekanntmachung über seine vom Neuem hierzu erfolgte Ernennung nicht ergangen ist.

* Die „**Freisinnige Zeitung**" schreibt nach einer Betrachtung über die Aufgaben der neuen Reichstagssession: „Wo wird der neue Reichstag gleich in der ersten Session vor Fragen der ernstesten Art gestellt. Die Entscheidung wird zwischen Ostern und Pfingsten fallen. Wir halten es nicht für ausgeschlossen, daß die entscheidenden Fragen mittelst Auflösung des Reichstages zur Entscheidung durch die Gesammtheit der Wähler gelangen. In jedem Falle empfehlen wir unsern Parteigenossen, die nächsten Wochen überall zu benutzen, um auf Grund der Erfahrungen bei den letzten Reichstagswahlen die Organisation der Partei zu verbessern und zu vervollständigen, und alles so vorzubereiten, daß ein Appell an das Volk durch Neuwahlen eine der wirklichen Volksstimmung entsprechende Antwort findet." Auch andere Parteien mögen dies beherzigen.

* Aus Hamburg, 29. März, geht der „Nationalzeitung" folgende auffallende Mittheilung zu:

„Der Bau eines Hafens an der Elbmündung in Cuxhaven, welcher hamburgischerseits beabsichtigt ist und nach verschiedenen Berichten schon in diesem Frühjahre in Angriff genommen werden sollte, scheint auf Hindernisse gestoßen zu sein. Bis zur Stunde ist die bezügliche Vorlage der Bürgerschaft vom Senate noch nicht einmal zur Mitgenehmigung vorgelegt worden, und in der Bürgerschaft das Project ohne commerzielle Berathung nicht gutheißen dürfte, scheint die beabsichtigte Inangriffnahme für die beste Zeit dieses Jahres nicht mehr möglich. Inzwischen haben sich die Wasserverhältnisse auf der Elbe im letzten Winter außerordentlich verschlechtert; in den Monaten December und Januar lahmten nicht nur die großen Postdampfer, sondern auch kleinere in der europäischen Fahrt beschäftigte Schiffe vielfach tagelang auf den verschiedenen Sänden von Finkenwerder auf Grund, die Expedition der transatlantischen Linien hat dadurch an Regelmäßigkeit viel zu wünschen übrig gelassen und den Niederungen ebenso wie dem Handel ist ein schwerer Nachtheil zugefügt. Die Packetfahrt-Gesellschaft hat die Expedition ihrer großen Schnelldampfer „Augusta Victoria" und „Columbia", die bekanntlich eine Verbindung zwischen Hamburg und New-York unterhalten, im November einstellen müssen und nimmt dieselbe erst jetzt wieder auf. Die Unterbrechung der Fahrten ist mehr als 4 Monate, hat gleichfalls in dem Zustande des Fahrwassers und des Hamburger Hafens ihren Grund. Der Tiefgang dieser größten deutschen Handelsschiffe ist zu groß, als daß dieselben im belaubenen Zustande in den Hamburger Hafen gelangen oder von dort aus abgehen könnten; sie müssen vielmehr auf dem Strome bei Brunshausen 2½ Stunden vom Hamburger Hafen entfernt liegen bleiben und dort laden und löschen. Hauptsächlich aus Rücksicht auf diesen neuen Schnelldampfer-Betrieb der Hamburg-Amerikanischen Gesellschaft ist auch der Bau des Hafens bei Cuxhaven beschleunigt worden. Nachdem dieses Project, wie Eingangs erwähnt, auf Schwierigkeiten gestoßen ist, scheint die Hamburg-Amerikanische Gesellschaft Anregungen näher getreten zu sein, die ihr von englischer Seite gemacht wurden. Es hat den Anschein, als ob eine Verlegung des Ausgangshafens der Schnelldampfer von Hamburg nach London beziehungsweise Tilbury in Aussicht genommen ist. Tilbury liegt bekanntlich nur 2 Stunden von London entfernt an der Themse, es hat einen vorzüglichen Hafen und besitzt die größten Dockanlagen der Welt. Von dort und von London aus geht gegenwärtig keine einzige erstklassige Dampfer-Linie nach New-York. Der Eisenbahnverkehr, welcher sich von London aus nach der neuen Welt vorzüglich, hat bisher seinen Weg über Liverpool und Southampton nehmen müssen, und einer Schnelldampfer-Verbindung dürfte sich also in London ein günstiges Feld eröffnen. Der Hamburger Schnelldampfer „Columbia" ist bereits vorige Woche nach Tilbury abgegangen, um dort im Dock Reparaturarbeiten vorzunehmen. Anfang nächster Woche erwartet man in Tilbury auch den zweiten Hamburger Schnelldampfer, die „Augusta Victoria", und mit ihr einen Director der Packetfahrt-Gesellschaft."

* Ueber die jüngsten **Reichstagswahlen in Baden** wird eine amtliche Statistik veröffentlicht, wonach bei der **Hauptwahl** auf 13 nationalliberale Candidaten 82 358, auf 2 conservative und einen wildconservativen 29 035, auf 9 Centrumscandidaten 54 689, auf 7 deutschfreisinnige 23 472, auf 6 demokratische 16 781, auf 14 socialdemokratische Candidaten 30 091 **Stimmen fielen, aber in Procenten ausgedrückt** die Nationalliberalen 31,2, die Conservativen 11,1, das Centrum 30,9, die Deutschfreisinnigen 8,9, die Demokraten 6,4, die Socialdemokraten 11,4 Proc. der abgegebenen giltigen Stimmen aufbrachten. Bei der Stichwahl erhielten die 8 Candidaten der Nationalliberalen 76 801 oder 44,8 Proc., die 5 Centrumscandidaten 54 689 oder 31,9 Proc., 1 Deutschfreisinniger 12 922 oder 7,6 Proc., 1 Demokrat 12 326 oder 7,2 Proc. und 1 Socialdemokrat 14 550 oder 8,5 Proc. Mit diesen Zahlen vergleiche man nun die Vertretung: 8 Ultramontane, 3 Conservative, 1 Deutschfreisinniger, 1 Demokrat, 1 Socialdemokrat und kein einziger Nationalliberaler. Also die stärkste Partei eines größeren Bundesstaates setzt nicht einen einzigen Abgeordneten durch, die ihr an Stimmenzahl nachstehende ultramontane deren 8. Das soll eine gerechte Volksvertretung und ein Wahlsystem, das solche Ungeheuerlichkeiten und Vernunftwidrigkeiten zu Wege bringt, ein unantastbares Ideal sein!

* * *

* Es gilt jetzt als **feststehend, daß Kaiser Franz Josef**, wahrscheinlich in Begleitung des **Erzherzogs Franz Ferdinand**, zu den **deutschen Herbstmanövern** nach **Preußisch-Schlesien** kommen wird, wo auch der **König von Sachsen** und andere **deutsche Fürsten** eintreffen dürften. Mitte Juni wollen Kaiser und Kaiserin in Gastein sein und einige Wochen später soll in Ischl die Vermählung der Kaisertochter Marie Valerie mit dem Erzherzog Franz Salvator im engsten Familienkreise stattfinden. Schon gab der Kaiser Auftrag, die Einrichtungsarbeiten in dem als Sommeraufenthalt für das junge Paar von einem Privatmanne gemietheten Schloß Lichtenegg bei Wels in Oberösterreich zu beschleunigen. Am Freitag befand sich der Kaiser mit dem Bräutigam auf der Jagd in Laing, am Sonnabend besichtigte er die neue Centralstation der Freiwilligen Rettungsgesellschaft in Wien und sprach seine lebhafte Anerkennung über diese nachahmenswerthe Schöpfung aus, welche Wien zur Ehre gereicht und zumeist dem rastlosen Eifer des Barons Mundy zu verdanken ist. Am Sonntag besuchte der Kaiser nach vierzehn Monaten zum ersten Mal das Burgtheater.

* Die neulich ausgesprochene Vermuthung, daß die **Studentenbewegung** nicht auf Moskau beschränkt bleiben würde, hat sich als richtig erwiesen. So ziemlich von allen Universitäten laufen gleichzeitig Meldungen über Unruhen und Kundgebungen von Studenten ein, und die Art dieser Meldungen beweist, daß die Bewegung eine allgemein vorbereitete und nach einheitlichen Gedanken eingeleitete ist. Besonders in den Vordergrund treten die Forderungen der Studenten wegen Gleichberechtigung der Juden und Christen einerseits und der Studenten und Studentinnen andererseits. Es fehlt auch nicht an vereinzelten Meldungen darüber, daß gleichzeitig nihilistische Anschauungen sich geltend machen; da man aber nicht weiß, in welchem Sinne das Wort „Nihilist" gebraucht ist, müssen solche Meldungen sehr vorsichtig aufgenommen werden. Schon klarer und wahrscheinlicher klingt es dagegen, wenn berichtet wird, die Studenten träten in ihren Kundgebungen auch für eine menschliche Behandlung der nach Sibirien Verbannten ein, und ein solches Vergehen würde freilich an sich genügen, um der Studentenbewegung seitens der russischen Regierung die Bezeichnung „nihilistisch" einzutragen.

* Der bessere Theil des **französischen Volkes** hat sich in den letzten Monaten **Deutschland** und den **Deutschen** gegenüber ruhiger und besonnener benommen, so daß man über die immerhin vorgekommenen Ausschreitungen eines Theiles der französischen Presse — und zwar des nicht am wenigsten verachteten — hinwegsehen konnte. Allerdings war unter zwei Bedingungen: daß nämlich die Ausschreitungen nicht über alles Maß und Ziel und die Gebote des einfachsten Anstandes hinweggingen und daß sie sich nicht nach einmal erfolgter Warnung wiederholten. Leider sind diese Voraussetzungen nicht eingetroffen. Die französische Regierung hat in loyaler Weise anerkannt, daß die Beschimpfungen eines deutschen Militair-Attachés in Paris, wie sie durch die „Cocarde" erfolgten, unter das Strafrecht fallen; sie hat ebenfalls die Untersuchung gegen die „Egalité" einleiten lassen, die zur Ermordung des deutschen Kaisers aufforderte; aber in minder loyaler Weise hat sie diese Sachen nicht mit dem nöthigen Nachdruck, vielmehr mit anscheinender Abneigung am guten Willen betrieben, so daß es darüber ganz still geworden ist. Die Folge ist nicht ausgeblieben: ermutigt durch die von der Regierung gewährte Duldung bringt die „Cocarde" vom 30. März einen Artikel, der mit den Worten „qu'on le tue" anfängt und endigt. Diese Worte beziehen sich auf den deutschen Kaiser, zu dessen Ermordung in offenster und cynischster Weise aufgefordert wird. Der im Einzelnen nicht wiederzugebende Artikel gipfelt in dem Gedanken, daß der Kaiser eine tiefe Kriegsdrohung bedeute. Wir können nicht glauben, daß die französische Regierung ein solches Verbrechen, wie die Aufreizung zum Morde, das, gegen einen beliebigen Privatmann begangen, ohne Weiteres auch als Verbrechen bestraft wird, deshalb straflos lassen wird, weil es sich gegen den Kaiser von Deutschland richtet. Wir glauben auch, daß dieser Artikel der „Cocarde" sie veranlassen wird, nun auch die anderen strafbaren Sachen kräftig in Angriff zu nehmen. Sollten wir uns täuschen, so würde daraus unseres Erachtens der deutschen Regierung die unangenehme, aber unumgängliche Nöthigung erwachsen, Frankreich an seine internationalen Verpflichtungen zu erinnern.

* Aus Kairo wird der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" geschrieben:

Obwohl durch Berichte aus Europa über die Komplexität unterrichtet, wurde die deutsche Colonie in Egypten durch die Depesche vom 18. März über den wirklich erfolgten Rücktritt Bismarck's tief von einem Donnerschlag betäubt. Der Gedanke, daß der Schöpfer des jungen Deutschen Reiches nicht mehr an der Spitze der Regierung, nicht mehr mit Umsicht und Glück das Staatsruder führen soll, erfüllt die aufgeregten Gemüther mit banger Sorge. Es ist daher auch erklärlich, daß Ihnen nun der in letzter Zeit am politischen Horizont aufgetauchten politischen und socialen Fragen in anderem Licht erscheinen, als zur Zeit, da Bismarck's weltumfassender Auge noch Wache hielt. Wir hier in der Fremde, freilich an einem ausserlesenen Platzchen, dem zeitweiligen Sammelpunct ausgezeichneter Männer beider Welten, vermögen vielleicht besser als das Mutterland jetzt die Größe des Verlustes zu ermessen, welcher der Deutschen aller Länder der Welt betroffen. Wir hörten von Mund zu Mund die unverblümten Urtheile der Nationen über den großen Staatsmann, wir sahen die Bewunderung der Bekrankten, die Furcht und den Haß der Feindlichen, gemischt aber alles — den Neid um den Besitz des gewaltigen Gleichen. Der Name „Bismarck" war fast in aller Munde. Selbst der Fetisch, eine aus dem Namen „Mohamed", dessen Propheten, dessen Religion gläubig, rechnete in seiner Nähe auf die mächtige Hülfe Bismarck's damals, als im Jahre 1882 die Kriegsflotten England